



DPD

Der neue Präsident des Wirtschaftsrates

Frankfurt, 27. Juni (Eigenbericht).

Bei der Wahl des Präsidenten des neuen Wirtschaftsrates gab es ein interessantes und viel beachtetes Zwischenspiel. Von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, war der Führer der CDU-Fraktion im hessischen Landtag, Dr. Erich Köhler, zum Präsidenten nominiert worden. Zu nicht geringem Erstaunen der Fraktion stand unmittelbar vor der Wahl der Führer der Kommunisten, Reimann, auf und gab folgende Erklärung ab:

„Ich erkläre im Namen der kommunistischen Fraktion, daß wir dem Vorschlag, Dr. Köhler als Präsidenten zu wählen, nicht zustimmen werden, weil nach unserer Auffassung der Wirtschaftsrat nicht richtig entsprechend den Kräften des Volkes in der britischen Zone zusammengesetzt ist. Hätte dieser Wirtschaftsrat diesen Verhältnissen entsprechend Rechnung getragen, wäre die CDU keineswegs die stärkste Fraktion, sondern die SPD. Wir würden es begrüßen, wenn trotz dieser Tatsache die SPD den Vorschlag für einen Präsidenten einbringen würde, um somit von vornherein zu demonstrieren, daß nicht die CDU, sondern die SPD die stärkste Fraktion ist.“

Die Erklärung war zweifellos darauf abgestellt, im letzten Augenblick die Zusammenarbeit der SPD mit den bürgerlichen Parteien zu verhindern. Die SPD durchschaute allerdings das Spiel und ließ sich nicht irre machen: Dr. Erich Köhler wurde mit allen gegen die drei Stimmen der Kommunisten zum Präsidenten gewählt. Das kommunistische Spiel war um so leichter zu durchschauen, als am Tage vorher in Berlin die Bürgermeisterwahl stattgefunden hatte. Die KPD hätte dort eine ausgezeichnete Gelegenheit gehabt, nach den von Reimann verkündeten demokratischen Grund-

sätzen zu handeln und dem Kandidaten der SPD, der weitaus stärksten Partei im Berliner Stadtparlament, ihre Stimme zu geben. Sie zog es hier allerdings vor, nach umgekehrten Prinzipien zu handeln.

Die erste Sitzung hat im übrigen nur grundsätzliche Erklärungen der verschiedenen Parteien gebracht, die alle mehr oder weniger auf die aktuelle Notlage und die dadurch begrenzte Aufgabe des Wirtschaftsrates eingestellt waren. In besonders eindringlicher Form wurde auf diese Not und ihre Aufgabe von dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Franz Blücher, hingewiesen:

„Wenn es uns nicht gelingt“, erklärte der FDP-Vorsitzende, „fern aller Partei-Doktrin der ungeheuren Not wenigstens nach unseren Kräften zu steuern, dann hat wahrscheinlich, nach der Entwicklung unseres Volkes in den letzten Monaten zu urteilen, die Demokratie ihre zweite entscheidende Schlacht verloren, nachdem die erste durch völliges Unverständnis für unsere Lage von seiten mancher Stellen bei den Besatzungsmächten verlorengegangen ist. Ich kann diesen Tag nicht anders sehen als einen Tag, an dem wir zur äußersten und geschlossensten Gesinnung und Aufrichtigkeit kommen sollten, ohne Doktrin für eine wieder lebende und ertragreiche Wirtschaft zu arbeiten, die es uns gestattet, unser Brot selbst zu verdienen.“

Eine unvorhergesehene Schwierigkeit ist plötzlich im Zusammenhang mit der Verlegung der bizonalen Ämter nach Frankfurt aufgetaucht. Diese Schwierigkeit hängt nicht etwa mit dem Raumproblem zusammen, sondern mit dem — Entnazifizierungsproblem. Nach Auffassung des hessischen Befreiungsministers Gottlieb Binder müsse diesem Problem bei der Verlegung der Ämter nach Frankfurt „ernstliche Beachtung“ geschenkt werden. Zwar gelte auch in der amerikanischen Zone entnazifiziert, wer den Bescheid eines Entnazifizierungsausschusses der britischen Zone besitzt, aber — und die Logik dieses „aber“ versteht man nicht ganz! — die Überprüfung von führenden Beamten könne noch einmal angeordnet werden, auch wenn sie bereits einen anerkannten Entnazifizierungsbescheid aus der britischen Zone besitzen!

Auch der Ministerialrat im hessischen Arbeitsministerium Herbert Engler sieht in der Entnazifizierungsfrage eine weit größere Schwierigkeit als in der Wohnraumfrage. „Wir sind keine Nazifresser, wollen auch durchaus nicht einen lebenslänglichen Ehrverlust für ehemalige Nationalsozialisten“, sagte Ministerialrat Engler. Wenn die Entnazifizierung der bizonalen Ämter aber nicht nach den klaren Grundsätzen der amerikanischen Zone vorgenommen werden, sei ein Arbeitsfriede nicht gewährleistet.

Neue Warnung an die Länder

Präsident Dr. Köhler sprach in Hamburg vor dem Zonenbeirat

NZ. Hamburg, 16. Oktober (Eigenbericht). Eine eindrucksvolle Kundgebung für die Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes wurde der Beginn der 15. Sitzung des Zonenbeirats am Mittwoch in Hamburg. Der Präsident des Zweizonen-Wirtschaftsrats, Dr. Köhler, wiederholte bei dieser Gelegenheit, daß der Wirtschaftsrat die Durchführung seiner Gesetze in den Ländern unbedingt durchsetzen werde.

Präsident Dr. Köhler bezeichnete den Wirtschaftsrat als eine gesetzgeberische Realität. Im Wirtschaftsrat werde der wirtschaftliche Wille der Bevölkerung der beiden Zonen — mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung überhaupt — ausgedrückt. Unter den gegenwärtigen einzigartigen Lebensbedingungen in Deutschland könne die Bereitwilligkeit der deutschen Arbeiter als Heldentum bezeichnet werden. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit, die Lebensmittel im kommenden Winter gleichmäßig und gerecht zu verteilen, berichtete Präsident Dr. Köhler über die Ausführungen des Generals Adcock vor den Landwirtschaftsministern der Länder und dem Direktor der Hauptverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schlange-Schöningen, wonach die Autorität zur Sicherstellung von Kartoffeln, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln durch die Gesetze des Wirtschaftsrates gesichert ist. Die neuen Anweisungen über die Liefermengen für Speisekartoffeln, die eine Versorgung des Normalverbrauers mit acht Kilogramm

je Periode sicherstellen sollen, seien bindend. Übergiebelliche Lieferungen müßten vor Beginn der Frostperiode erfüllt werden, sonst würden Kürzungen auf anderen Gebieten für die betreffenden Länder in Kraft treten.

Dr. Köhler forderte, angesichts der allgemeinen Not alles Trennende und Grundsätzliche zurückzustellen.

Der ebenfalls als Gast anwesende Justizminister von Süd-Württemberg/Hohenzollern (französische Zone) bekannte sich in einem Grußwort zur deutschen Einheit.

Nachdem die Ratsmitglieder Henßler (SPD) und Dr. Dr. Lehr (CDU) zu neuen Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden einstimmig gewählt worden waren, sprach der neue Vorsitzende Henßler grundsätzlich zur Stellung des Zonenbeirats und seinen Beziehungen zum Wirtschaftsrat. Beide Einrichtungen seien zeitbedingt. Auch für den Zonenbeirat gälte das Ziel: das eine Deutschland, nicht als Summierung der Länder, sondern Unterordnung der Länder unter das Gesamte. Henßler forderte eine Synthese zwischen dem Zentralismus und einer gesunden Dezentralisation als Voraussetzung für ein gesundes demokratisches Leben.

Zur Demonstration erklärte der Vorsitzende: „Der Widergutmachungswert der verordneten Demontagen steht in keinem Verhältnis zu dem Wert für das deutsche Volk.“ Die politische Bedeutung sei weit größer als die wirtschaftliche.

Die deutsche Demokratie würde Selbstmord verüben, wenn man sich bereiterklärte, die Werkstätten für friedliche Arbeit zu vermindern. Die anerkannte Wiedergutmachung durch das deutsche Volk könne nur durch Arbeit nicht aber durch Hergabe wirtschaftlicher Substanz stattfinden.

In der anschließenden Fragestunde beantwortete Generalmajor Bishop Anfragen von Ratsmitgliedern. Er berührte dabei auch die Bodenreform und sagte zur Aufklärung von Mißverständnissen, daß die Maximalgröße des nach dem Gesetz verbleibenden Grundbesitzes von 150 ha oder 200 000 Mark Einheitswert so auszuliegen sei, daß die günstigste Auswirkung für den Grundbesitzer gelte. Der General nannte drei Beispiele:

1. Ein Mann besitzt ein Gut von 200 ha mit einem Einheitswert von 200 000 Mark. Er behält sein Gut.
2. Er besitzt ein Gut von 100 ha mit 300 000 Mark Einheitswert. Er behält sein Gut.
3. Er besitzt ein Gut von 180 ha mit 250 000 Mark Einheitswert. Er gibt einen Teil ab, so daß der ihm verbleibende Besitz ent-

Die Länder hätten das Recht, durch ihre Durchführungsgesetze diese Höchstziffern herabzusetzen. Die Militärregierung werde aber solchen Gesetzen nur zustimmen, wenn die Nahrungsmittelherzeugung durch sie nicht vermindert werde.

09979 + 0005 000

Signatur: *P* *Koehler*
hsh.

Datum: 17. Sep. 1948 *Dr.*

Hambg. Allgemeine Zeitung

№ 82

Frankfurter Wirtschaftspolitik

Präsident Dr. Koehler spricht in Hamburg

Der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Koehler, spricht am Donnerstag, dem 23. September 1948, im Winterhuder Fährhaus, Hudtwalcker Straße, über „Die politische Lage und die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates“. Alle Mitglieder und Freunde der CDU sind hierzu herzlichst eingeladen. Einlaßkarten für Nichtmitglieder beim Landesverband der CDU, Hamburg 36, Alsterglacié 16. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittspreis von 0,50 DM erhoben. Beginn pünktlich 18 Uhr.

Hambg. Allgemeine Zeitung

№ 85

Der Weg aus der Isolierung

Der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Köhler, sprach in Hamburg über Politik und Wirtschaft

Hamburg, 24. 9. (Eigenbericht.) Mit großem, sittlichem Ernst und häufig von wärmstem Beifall unterbrochen sprach gestern Abend auf einer Veranstaltung der Christlich-Demokratischen Union, Landesverband Hamburg, der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. Erich Köhler im überfüllten großen Saal des Winterhuder Fährhauses über die politische Lage und die Politik des Wirtschaftsrates. Die Ausführungen des Referenten wiesen den mühevollen und nur mit Geduld zu begehenden Weg auf, den die deutsche allgemeine Politik und Wirtschaftspolitik seit der Katastrophe von 1945 aus der Isolierung wieder mehr und mehr in die Welt und in die Gemeinschaft der Völker hineingeht, wenngleich auch heute noch eine weite Strecke zurückzulegen ist.

In dem Gegensatz zwischen dem kriegsächtenden Geist des Kelloggpaktes und dem nur ein Jahrzehnt später erfolgten erneuten Ausbruch des Krieges spiegelt sich die Tragödie der jetzt lebenden Generation. Es ist die Aufgabe der deutschen Politik, die seitdem um uns errichtete Mauer geistig zu unterhöhlen und auch mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln wieder den Kontakt mit den Völkern zu finden. Hält man sich das vor Augen, so unterstrich der Redner, dann wird einem auch die große Bedeutung der maßgebenden Institutionen der Doppelzone klar, die bei aller Unvollkommenheit auf jeden Fall die aktuellen und wirksamen Voraussetzungen für alle staatsrechtliche und völkerrechtliche Betätigung Deutschlands und damit für das praktische Leben Deutschlands bilden. Unter dem Eindruck seines Erlebens in Caux, wo sich im Gedanken der moralischen Wiederaufrüstung führende Männer der verschiedensten Völker trafen, konnte Dr. Köhler auch von dieser Sicht her die Erkenntnis mitteilen, daß man heute in der Welt auch von dem echten Deutschland weiß. Man betrachtet dieses Deutschland als einen Bundesgenossen auf dem ideologischen staatsmännischen Weg, der auch in der Politik

die Emanationen Gottes aufzufinden trachtet. Das Wissen um eine solche Bewegung in der weiten Welt (Einheit von Gott und Politik) gibt gerade auch dem Gedanken der Christlich-Demokratischen Union heute einen besonderen Wert. In dieser Gedankenwelt ist es beglückend, daß Deutschland an dem ERP-Werk mitbeteiligt worden ist, und daß sich Protestanten und Katholiken im politischen Raum gefunden haben. In dem geistigen Bewußtsein einer inneren Freiheit und Unabhängigkeit und der Verteidigung der Würde des Menschen gegen die materialistische Gefahr aus dem Osten findet Deutschland heute auch den Kontakt mit der Welt.

Die Preisentwicklung

Auf dem Hintergrund dieses ernsten, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bildes ging Dr. Köhler auf einige wichtige Fragen der aktuellen Wirtschaftspolitik ein. Die Erfolge der CDU-Wirtschaftspolitik können sich sehen lassen. Man braucht die völlige Atomisierung von 1945 ja nur den heutigen Zuständen, die um so vieles besser sind, entgegen zu stellen, um sich dessen bewußt zu sein. Geduld sollte eigentlich etwas Selbstverständliches sein, denn das hitlerische Erbe läßt sich nicht in drei Monaten in seinen Auswirkungen beseitigen. Faßt man die Währungsreform ins Auge, so kann man bedauern, daß die deutsche Mitverantwortung seinerzeit abgelehnt wurde. Die Reform kam in zwölfter Stunde, aber man muß heute dankbar sein, denn sie hat unser gesamtes Wirtschaftsleben auf eine neue Grundlage gestellt. Dabei muß man sich aber klarmachen, daß sie dies tat in Verbindung mit der deutschen Wirtschaftspolitik, mit der Steuerpolitik, Verkehrspolitik, usw. Die Preisentwicklung weist viel kritikbedürftige Punkte auf. Wirtschaftspolitische Maßnahmen aber brauchen Zeit, und jede Volksabstimmung würde die Rückkehr zu Bezugschein und allgemeinem Schlange-Stehen verwerfen. Im übrigen ist zu

unterstreichen, daß nicht das freie Spiel der Kräfte angestrebt wird, sondern eine sozialgebundene Marktwirtschaft. Es wird das unbedingte Ziel verfolgt werden, dem Verbraucher zu einem angemessenen Preise das zu geben, was er braucht. Und schon in den letzten drei Monaten ist in Deutschland mehr zu kaufen gewesen, als vor der Währungsreform in der Öffentlichkeit überhaupt möglich war.

Der Redner verbreitete sich dann in großen Zügen über den Lastenausgleich. Er sei nicht lediglich eine materielle Aufgabe, sondern eine solche aus sittlicher Verpflichtung und sozialer Gerechtigkeit und das Problem spanne sich zwischen den beiden Polen des sozial Notwendigen und des wirtschaftlich Möglichen. Entgegen vielfachen Veröffentlichungen ist festzustellen, daß irgend welche offiziellen Ziffern für den Lastenausgleich sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite überhaupt noch nicht vorliegen. Vordringlich sei es zunächst — und zwar sofort — den Alten, Kranken, Vertriebenen, und sonstigen vom Krieg in ihrer Existenz völlig getroffenen Menschen jetzt zu helfen. Schon Mitte Oktober ist ein Rentengesetz zu erwarten, das diesen anspruchsberechtigten Geschädigten unter die Arme greifen soll. Bei dem hohen Ethos der ganzen Angelegenheit und der Realität, um die es geht, darf dies Problem nicht parteipolitisch und wahlpolitisch behandelt werden. Mit Leidenschaft unterstrich der Redner, daß insbesondere das Problem der Vertreibung aus dem Osten heute

keine deutsche Frage mehr sei, sondern eine Angelegenheit von weltpolitischer Bedeutung, wie sie in den Diskussionen mit dem Osten sich spiegle. Unmittelbare Erleichterungen könnten durch Aufnahme in die Trizone der Zukunft und durch höhere Einwanderungsquoten im Ausland geschaffen werden.

Abschließend verbreitete sich Dr. Köhler über die Widersinnigkeiten der Demontage und glaubte in Aussicht stellen zu können, daß die amerikanischen Bemühungen um eine Revision erfolgversprechend sind. Schließlich skizzierte er noch die staatspolitische Situation in der Richtung des Aufbaus von Regierungsfunktionen.

09979 - 0007 000

Signatur: P. Köhler, Dr. Erich

Datum: 27. Sep. 1948

Deutsche Wirtschaft (Hambg.)

№ 75

Geheime Kollektivschuld

pds. — Der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, sprach kürzlich in Hamburg über die politische Lage und die Politik des Wirtschaftsrates. Der Redner ging in seinen Ausführungen unter dem Gesichtswinkel des deutschen Interesses eingehend den mannigfaltigen Verknüpfungen zwischen der politischen und wirtschaftlichen Lage während der letzten Jahre auf dem weltweiten und innerdeutschen Feld nach, und konnte die bemerkenswerten Erfolge der deutschen Politik herausstellen, der es zumindest gelungen ist, aus der moralischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Isolierung wieder heraus und einen neuen Weg in die Welt zu finden. Gegenüber der Atomisierung der deutschen Politik und Wirtschaft, wie sie 1945 nach dem Zusammenbruch vorlag, muß diese Tatsache des neuen Kontaktes innerhalb weniger Jahre durchaus als ein bemerkenswertes Faktum festgestellt werden. Dr. Köhler ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Tatsache — abgesehen von den kommunistischen — zutiefst auch bei allen Parteien so empfunden wird. Wenn das in der Öffentlichkeit der parteilichen Zwistigkeit nicht immer so klar hervortritt, so liegt das eben an kleinlichen parteidogmatischen Bedenken, wie sie im Alltag immer wieder vorkommen. Es muß aber die praktische Wirtschaft durchaus beruhigen, wenn man den Feststellungen Köhlers entnehmen kann, daß auf diesem Gebiet der parteidogmatischen Diskussionen von wirklich einsichtigen Leuten nicht alles so ernst genommen werden kann, und wenn eben die Suppe nicht so heiß gegessen zu werden braucht, wie sie gekocht wird.

In einer kurzen polemischen Auseinandersetzung mit dem Düsseldorf-Parteitag-Referat Dr. Schumachers wurde das noch deutlicher. Die SPD tut gerne so, als ob sie die Erhard'sche Wirtschaftspolitik in Grund und Boden verurteile und sich gegenüber allen Schwierigkeiten der Anlaufzeit vor den Augen ihrer Wählermassen die Hände in Unschuld wüsche. Demgegenüber aber machte der Redner mit leichter politischer Ironie darauf aufmerksam, daß die SPD ja selber im Länderrat säße, und damit auch für die bekannten „Leitsätze“ der neuen deutschen Wirtschaftspolitik mit verantwortlich zeichne und daß sie im Kontroll- und Überwachungsausschuß ja jederzeit die Möglichkeit habe, die Durchführung dieser Leitsätze kritisch in die Hand zu nehmen. Es sei aber durchaus zu beobachten, daß auch die Linke der Durchführung der neuen Wirtschaftspolitik zunächst einmal eine Chance geben wolle. Es sei sogar zu beobachten, daß, wenn man von links her, führende Persönlichkeiten aus ihrem Amte zu entfernen wünsche, man einen solchen Antrag nur in der stillen Erwartung stelle, daß sich keine Mehrheit dafür finden würde. Die Dinge liegen nämlich in der Tat so, daß eine andere Politik, als die der Erhard'schen, im Augenblick realiter gar nicht möglich sei. Es ergibt sich also der amüsante Tatbestand, daß, wenn man schon die Anlaufschwierigkeiten als eine „Schuld“ betrachten will, es sich demgemäß um eine geheime „Kollektivschuld der Parteien“ insgesamt handelt.

Im übrigen machte Dr. Köhler noch darauf aufmerksam, daß in der Publizistik oft Daten und Zahlen veröffentlicht würden, denen noch keine effektive Bedeutung zukomme. So seien im Moment offizielle Zahlen für den Lastenausgleich im Detail noch nicht gegeben und das Problem schwanke immer noch zwischen den Polen des sozial Notwendigen und des wirtschaftlich Möglichen.

09979 + 0008 000

Signatur: *P. Köhler*

Datum: 28. Okt. 1948 *Dr.*

Die Welt (Hamb.)

Nº 127

Dr. Köhler in England

Von unserem Berichterstatter

E. A. London, 27. Oktober

Der Präsident des Frankfurter Wirtschaftsrats, Dr. Erich Köhler, traf heute mit einer Gruppe deutscher Politiker auf Einladung der „Hansard Society“ zu einem mehr als einwöchigen Studienbesuch in England ein. Die deutschen Gäste werden das englische Parlament und das Regierungssystem studieren können und mit einer Anzahl von Ministern, darunter Gesundheitsminister Bevan, Lord Pakenham, Unterstaatssekretär Henderson vom Foreign Office und anderen prominenten Persönlichkeiten, zu einem zwanglosen Meinungsaustausch zusammentreffen.

09979-0009 000

Köhler

Signatur: *E. Köhler*

Datum: 26. Nov. 1948

Hamb. Allgemeine Zeitung

Nº 710 -

Köhler Präsident der Wiederaufbaubank
hi Frankfurt/Main, 26. 11. (Eigenbericht). Wie in gut informierten Kreisen des Frankfurter Wirtschaftsrates bekannt wird, soll als Präsident für die im Entstehen begriffene Wiederaufbaubank der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, vorgesehen sein. Als sein Vertreter wird der ehemalige Direktor der Deutschen Bank, Hermann J. Abs, genannt.

099797 0010 000

Hamburger Allgemeine Zeitung (Hamburg)

Nr. 120

Unterschiedliche Diskontpolitik

Präsident Köhler zu aktuellen Kreditfragen

hi Frankfurt/Main, 24. 12. (Eigenbericht). Der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, unterhielt sich mit Ihrem Frankfurter Vertreter über aktuelle Fragen der Wirtschafts-, insbesondere der Kreditpolitik. „Starrheit der Prinzipien ist nicht immer Kontinuität, sondern oft bedenkliche Mechanisierung, Labilität; dagegen bedeutet Organisches, weil den Notwendigkeiten der Lage angepaßtes Handeln“, meinte Dr. Köhler im Hinblick auf die Kreditpolitik der Bank Deutscher Länder. Die Kreditkontingentierung bzw. -restriktion, rückwirkend ab 31. Oktober 1948, bewirkte, zumal sie sich auf bereits zugesagte Kredite bezieht, eine bedenkliche Gefährdung der auf der ganzen Linie zu beobachtenden Planung für die Produktionsausweitung auf lange Sicht. Die Lösung des Preisproblems liege in der Erzielung eines Maximums der Produktion. Aber die Kreditkontingentierung beschneide mechanisch und ohne individuelle Rücksicht auf die industrielle Planung diese notwendige Ausweitung der Erzeugung.

Wörtlich sagte Köhler: „Dabei gibt es noch ein anderes Instrument zur Sicherung der Stabilität des Geldes und der Währung nämlich die Diskonterhöhung.“ Noch niemals in unserer Wirtschaftsgeschichte ist die Differenzierung von Grundstoffindustrie und Konsumgütererzeugung, von kapitalintensiven und kapitalextensiven Betrieben sowohl wirtschafts- als auch kreditpolitisch von so großer Bedeutung gewesen wie heute. „Warum“, so sagte Dr. Köhler, „will man nicht die Zuführung eines Maximums an Verbrauchsgütern an die Verbraucherschaft dadurch fördern, daß man unter diesem Gesichtspunkt die Diskontpolitik differenziert? Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder hat in seiner letzten Sitzung mit 8:7 Stimmen eine Diskonterhöhung abgelehnt. In einer solch bedeutungsvollen Frage trifft man aber keine ‚fifty-fifty-Entscheidungen‘, sondern man lockert die Meinungen durch Anhörung von Sachverständigen der betreffenden Wirtschaftskreise soweit auf, daß prinzipielle Erwägungen sich letzten Endes in der Anerkennung der wirtschaftlichen Realitäten wandeln. Der seinerzeit deutscherseits so dringend vertretene Wunsch auf Einbeziehung auch von Vertretern der Wirtschaft in den Zentralbankrat dürfte demnach aktueller denn je geworden sein.“ Auch in der Kreditpolitik der Bank Deutscher

Länder müsse das gelten, was für die Politik gilt: sich elastisch den gegebenen Verhältnissen anpassen, nicht über Formalitäten zu stolpern und sich den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit zu beugen.

Niederdeutsche Zeitung (Hamburg)

Nr. **11**

Dr. Köhler über Importpreise

Frankfurt, 26. Januar (dpd)

Der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Köhler, bezeichnete die von den Militärregierungen befohlene neue Berechnung der importierten Lebensmittel nach den Weltmarktpreisen als eine Maßnahme von weitgehender Bedeutung. Dr. Köhler lehnte es ab, zu den Folgen dieser Maßnahme Stellung zu nehmen, bevor nicht die Meinung wirklich sachverständiger Persönlichkeiten vorliege. Nach Ansicht Dr. Köhlers können diese Neuberechnungen unter Umständen tief einschneidende volkswirtschaftliche, finanzpolitische, sozialpolitische und vielleicht auch geld- und währungspolitische Auswirkungen haben. Es bedürfe einiger Zeit, um diese Auswirkungen im einzelnen zu prüfen. Es sei selbstverständlich, daß die deutschen Stellen mit den Besatzungsmächten über die Form und den Inhalt der befohlenen Maßnahmen verhandeln werden. Dabei müsse man auf deutscher Seite bestrebt sein, bedenklich erscheinende Auswirkungen auf ein Minimum zu beschränken.

Dr. Köhler rechnet damit, daß in absehbarer Zeit ein Beamtengesetz vom Wirtschaftsrat verabschiedet wird. Er betonte vor Pressevertretern in Frankfurt, daß der Wirtschaftsrat die ihm von den Besatzungsmächten gestellte Aufgabe, das Beamtenrecht zu bearbeiten, auch zu Ende führen werde. Aus unterrichteten Kreisen Frankfurts verlautet dazu, daß bei der Erörterung eines Personalgesetzes für die Doppelzone die Verfechter des Berufsbeamtentums vorgeschlagen hätten, wenigstens in den Spitzen der Behörden Berufsbeamte beizubehalten. Sie begründen dies mit dem Hinweis, daß die freie Wirtschaft größere Verdienstmöglichkeiten für tüchtige und wertvolle Kräfte biete und es deshalb erforderlich sei, durch den Anreiz des Pensionsanspruches der Beamten ein Abwandern fähiger Kräfte in die Wirtschaft zu verhindern.

№ 242

Ausgabe Politik

Erich Köhler

242/1949

Hausherr ohne Privatleben

Unter den Kandidaten für den Posten des Bundestagspräsidenten wird der Name Dr. Erich Köhlers am häufigsten genannt.

(Interpress) - "Ich bin nur ein eiliger Gast zu Haus", Das sagte Dr. Köhler, als er noch Präsident des Frankfurter "Wirtschaftsparlamentes" war. Seine Frau hatte nur wenig von ihm. Die Republik wird ihr noch weniger lassen. Denn wenn das Amt des Bundestagspräsidenten auch nur eine Fortsetzung der Tätigkeit darstellt, die den reservierten Erfurter Wirtschaftsdoktor zwei Jahre auf dem kleinen Podest im Säulensaal des früheren Frankfurter Gauhauses sah, so wird doch sein Hintergrund tiefer, sein Forum massgebender und seine Repräsentationsaufgabe und Inanspruchnahme grösser sein.

Der 57jährige Thüringer, der auf der Bonner Geburtstagsfeier die Empore vor dem weissen Velourvorhang betreten soll, um zunächst für vier Jahre die Hausherrnenpflichten des Bundestags zu übernehmen, trägt die Würde seines hohen Amtes schon als Privatmann zur Schau. Seine Persönlichkeit diktiert Distanz. Aber Selbstbeherrschung, das Fluidum einer akademischen Kühle, seine fast steife Unnahbarkeit täuschen nicht darüber hinweg, dass sich hinter dem gesammelten Gesichtsausdruck und der geschliffenen Diktion seiner Reden sehr viel Wärme verbirgt. Nicht zufällig steht in seiner Wiesbadener Drei-Zimmer-Wohnung ein Flügel. Der Platz davor gehört seiner Frau, deren jüdische Abstammung mit dazu beitrug, dass Dr. Köhler 1933 politisch isoliert wurde und seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Kieler Arbeitgeberverbandes, des dortigen Hafenbetriebsvereins sowie des Handwerkerbundes in Schleswig-Holstein mit dem mühevolleren Erwerb etwa eines Versicherungsagenten vertauschen musste. Auch mit seiner politischen Aktivität in

der Deutschen Volkspartei war es vorbei, und er siedelte von Kiel, wo er 1919 sein Studium abgeschlossen hatte, nach Hessen über. Dort wurde der Harms-Schüler nach dem Zusammenbruch Hauptgeschäftsführer der Wiesbadener Industrie- und Handelskammer, Mitbegründer der CDU und später deren Fraktionsvorsitzender im hessischen Landtag. Und als vor zwei Jahren der neugeschaffene Zweizonen-Wirtschaftsrat seine ersten Präsidenten wählte, trat mit Dr. Köhler ein Mann an seine Spitze, der sich bereits seit Monaten mit der Errichtung dieser Instanz hatte beschäftigen müssen. Eine Kraft des Ausgleichs, die sich gern um eine Synthese der politischen Tages- und Zeitforderungen bemüht, taktisch von wägender Klugheit, dürfte der elegante Thüringer zu Häupten des grossen Bundeskollegiums keine schlechte Figur abgeben.

Köhler, Erich, deutscher Politiker.- Geb. 27. Juni 1892 in Erfurt, Evangelisch. Studierte Volkswirtschaft, Staats- und Handelsrecht an den Universitäten Marburg, Berlin, Leipzig und Kiel. 1919 Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften. Anschliessend bis 1933 beruflich in Kiel tätig: Geschäftsführer des Bundes der Arbeitgeber in Kiel, des Hafenbetriebsvereins Kiel und des Landesverbandes Schleswig-Holstein des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes. Mitglied des Landesvorstandes Schleswig-Holstein und des Berliner Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei. Nach 1933 zur Aufgabe sämtlicher Ämter und Stellungen gezwungen, übersiedelte er nach Wiesbaden und betätigte sich als Buchhalter, Rechtsberater und Agent von industriellen Unternehmungen. Juni 1945 Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Wiesbaden. Begründete Sept. 1945 die CDU in Wiesbaden. Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hessen, als solcher 1. März 1946 bestätigt, 2. März 1947 wiedergewählt. Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender der CDU in der Beratenden Landesversammlung Hessen. Dezember 1946 Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender der CDU im hessischen Landtag. Februar 1947 Vorstandsmitglied der Arbeitergemeinschaft aller CDU- und CSU-Organisationen Deutschlands. 25. Februar 1947 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landeszentralbank Hessen. Juni 1947 Mitglied des Zweizonen-Wirtschaftsrates in Frankfurt a.M. 25. Juni 1947 Präsident des Zweizonen-Wirtschaftsrates. 5.-11. September 1948 als deutscher Vertreter Teilnahme am 2. Kongress der "Liga für Weltregierung" in Luxemburg. 27. Oktober - 3. November 1948 auf Einladung der britischen Hansard-Gesellschaft zu einem politischen Studienbesuch in Grossbritannien. 13. Juni 1949 in Wiesbaden zum Mitglied des deutschen Rates der Europäischen Bewegung gewählt. Wurde am 14. August 1949 als Abgeordneter der Christlich-Demokratischen Union (CDU) über die Landesliste Hessen der CDU in den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Gilt als aussichtsreicher Kandidat für den Posten des Bundestagspräsidenten. Verheiratet.- Veröffentlichungen: Die Beziehungen der thüringischen Industrie zum Weltmarkt, 1919; Der Einzelhandel im Mittelalter, 1938.-- Anschrift: (16) Wiesbaden, Rösselstrasse 18; Ruf: 24 762.
Interpress (Hamburg)

5.9.49

Die Welt (Hamburg)

Nr. 136

Mann des Ausgleichs

Jupiterlampen, Kamerasurren, ein paar Journalisten und eine Versammlung müder, abgespannter Männer, denen ein Graumeliierter mit energischen Zügen ein schlichtes Schlußwort sprach: das war die letzte Sitzung des Frankfurter Wirtschaftsrates vor einem Monat. Damals hatte der scheidende Präsident dieses Rates seinen Mitarbeitern gedankt für die zweijährige harte Arbeit, deren Ergebnis



Foto: dpa.

„den Rat überdauern und wesentliche Fundamente für die kommende Bundesregierung bilden werde“.

Fünf Tage darauf legten die deutschen Wähler den Grundstein für das neue Haus, und gestern sind in Bonn die vierhundert Bewohner in den vollendeten Neubau eingezogen. An ihrer Spitze der Mann, der vor einem Monat einen Präsidentenstuhl verließ und jetzt einen breiteren, wichtigeren einnimmt: Dr. Erich Köhler, der Präsident des Ersten Deutschen Bundestages.

Er war bisher eine der wichtigen Figuren im politischen Durcheinander Nachkriegsdeutschlands. Als Präsident einer gesetzgebenden Versammlung, die zentral über dem größten Teil der Län-

der stand, bereitete er den Boden vor, auf dem heute das neue staatliche Leben der Deutschen wachsen soll. Das notwendige Format dazu hat dieser alte Volksparteiler und heutige Spitzenfunktionär der CDU stets bewiesen. 167 verabschiedete Gesetze, deren letztes die Soforthilfe regelte, zeugen von seiner Arbeitskapazität, die sich besonders in den letzten Tagen des Wirtschaftsrates bewährte, als es galt, der neuen Regierung einen wesentlichen Teil der kommenden Gesetzeslast abzunehmen. Darüber hinaus ist ihm etwas von jener gesunden Opposition zueigen, die in Lebensfragen auch einmal gegen die Parteilinie muckt. Er steht nicht zu weit rechts, als daß er seine Ohren jedem vernünftigen Argument aus den linken Bänken verschließen müßte.

Als Zeugnis für seine staatspolitische Reife möge hier sein Wort stehen, das er mitten in die aufgeregten Debatten über die Washingtoner Demontagebeschlüsse warf: „Zu staatspolitischen Dokumenten äußert man sich erst dann, wenn man Gelegenheit hatte, sie gründlich zu studieren. Andernfalls ist man kein verantwortungsbewußter Politiker.“

Diese sachliche Sprache wollen wir vom Präsidentenstuhl des Bonner Hauses herunter in Zukunft hören, wenn das Gewoge der Meinungen manchmal über die Grenzen staatsmännischer Vernunft schlagen sollte.

v. K.

09979 + 0015 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum

Köhler,
Erich, Dr.
8 Sept. 1949

Allgemeine Kölnische Rundschau

Nr. 109

Der erste Präsident des Bundestages

DR. ERICH KÖHLER, BISHER PRÄSIDENT DES WIRTSCHAFTSRATES



Dr. Erich Köhler, der bisherige Präsident des Wirtschaftsrates der Doppelzone und nun erste Präsident des Bundestages, wurde am 27. Juni 1892 in Erfurt geboren. Nach dem Gymnasialbesuch studierte er an den Universitäten Marburg, Berlin, Leipzig und Kiel Volkswirtschaft, Staats- und Handelsrecht und promovierte 1919 mit einer Dissertation über „Die Beziehungen der thüringischen Industrie zum Weltmarkt“ zum Dr. rer. pol. In Kiel, wo er seine Studien abschloß, ließ er sich beruflich nieder als Geschäftsführer des Kieler Arbeitgeberverbandes und Hafenbetriebsvereins sowie des Handwerkerbundes Schleswig-Holstein. Politisch war er in der Deutschen Volkspartei, der damaligen Partei Stresemanns, tätig, deren Landesvorstand Schleswig-Holstein und Berliner Zentralvorstand er angehörte.

Im Jahre 1933 schnitt die berufliche und politische Laufbahn Dr. Erich Köhlers jäh ab, zumal er eine jüdische Ehefrau hatte. In Hessen, in Wiesbaden, fand er seine zweite Wahlheimat, allerdings nicht ohne unter dem Rassenwahn des Dritten Reiches bitter zu leiden. In dieser Zeit hat er, um mit seinen eigenen Worten zu sprechen, „erst als Vierziger den ganzen Ernst des Lebens“ kennengelernt und sich jahrelang als Versicherungsagent durchschlagen müssen.

Gründer der CDU Wiesbaden

Nach dem Zusammenbruch wurde Dr. Köhler bereits im Juni 1945 wieder zum Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden berufen. Im Rahmen seiner Tätigkeit gründete er im September 1945 die Christlich-Demokratische Union in Wiesbaden. Er wurde bald zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Hessen sowie in die Beratende Landesversammlung Hessen und im Dezember 1946 in den hessischen Landtag gewählt, wo er den Vorsitz der CDU-Fraktion übernahm. Hier erschien er auf Grund seiner Funktion als Repräsentant einer großen Industrie- und Handelskammer prädestiniert, bei den manchmal recht schwierigen Beratungen über die hessische Verfassung entscheidende Bestimmungen zu formulieren.

Privatinitiative

Im Februar 1947 wurde er außerdem in den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU gewählt und wurde im gleichen Monat Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landeszentralbank Hessen. Der Wirtschaftsrat der Doppelzone wählte ihn bei seinem ersten Zusammentreten im großen Saal der Frankfurter Börse am 25. Juni 1947 zu seinem ersten Präsidenten. Bei allen Vorbehalten gegenüber radikalen Tendenzen bringt Dr. Köhler in die praktische Arbeit der Politik die Bereitwilligkeit mit, in ehrlicher Auseinandersetzung eine Klärung der strittigen Fragen zu finden. Während er sich entschieden gegen jede ökonomische Machtzusammenballung wendet, bezeichnet er die Privatinitiative als den stärksten Impuls jeder wirtschaftlichen Betätigung.

09979 + 0016 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum

9 Sept. 1949

Allgemeine Kölnische Rundschau

Nr. 110

Köhler: Wir bekennen uns nicht zur Macht

Die Ansprache des ersten Bundestagspräsidenten in Bonn

Drahtbericht der Bonner Redaktion der (AKR)

Bonn, 8. Sept. Im Anschluß an die Wahl des ersten Bundestagspräsidenten und der beiden Vizepräsidenten Prof. Carlo Schmid (SPD) und Dr. Hermann Schäfer (FDP), richtete der Präsident, Dr. Erich Köhler (CDU), eine Ansprache an die Abgeordneten des Bundestages. Er führte u. a. aus: „Die erste und vornehmste Aufgabe des Präsidenten des Bundestages sehe ich in seiner Verpflichtung, die Würde des Hauses zu wahren, den Rechten des Bundestages im Sinne der Verfassung stets die notwendige Geltung zu verschaffen und seine Arbeiten im Rahmen der Geschäftsordnung in jeder Beziehung zu erleichtern und zu fördern. Es ist selbstverständlich nicht minder meine Pflicht und die der Herren Vizepräsidenten, die Verhandlungen objektiv und gerecht zu leiten.“

Köhler fuhr fort: „Der Ausgang der Wahlen hat der Welt den eindeutigen und klaren Beweis erbracht, daß wir uns nicht zum Willen der Macht bekennen, sondern daß wir in Gemeinschaft mit anderen Völkern alle materiellen und geistigen Kräfte aus Erde und Menschen nicht nur zum Nutzen unseres Volkes, sondern unserer gesamten Welt schöpfen wollen.“ Mit besonderer Wärme gedachte der Präsident der deutschen Menschen in der sowjetischen Besatzungszone mit den Worten: „Noch sind wir nicht ein Parlament Gesamtdeutschlands. Und so richtet sich in dieser Stunde unser Gedenken an die 20 Millionen deutscher Menschen, denen noch nicht der Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland de jure und de facto offenstehe. In diesem Zusammenhang möchte ich der Tatsache gedenken, daß meine Wahl zum Präsidenten dieses Hauses

eine Persönlichkeit vorgenommen hat (Paul Loebe), die als einer der Exponenten dieses deutschen Ostens gilt. Möge dieser Vorgang ein gutes Omen sein, für das letzte Ziel unserer Gesamtarbeit früher oder später zu einem Parlament Gesamtdeutschlands zu werden.“ Köhler schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß aus dem Glauben an ein neues Deutschland des Rechtes und der Gerechtigkeit die Bundesrepublik Deutschland die Kraft für ihr Bestehen und für die Herbeiführung einer glücklicheren Zukunft schöpfen werde.“

Die Eröffnungssitzung des Bundestages wurde mit dem letzten Satz der Fünften Sinfonie von Ludwig van Beethoven beschlossen. (EB, HM)

0997940017 000

Signatur

Köhler,

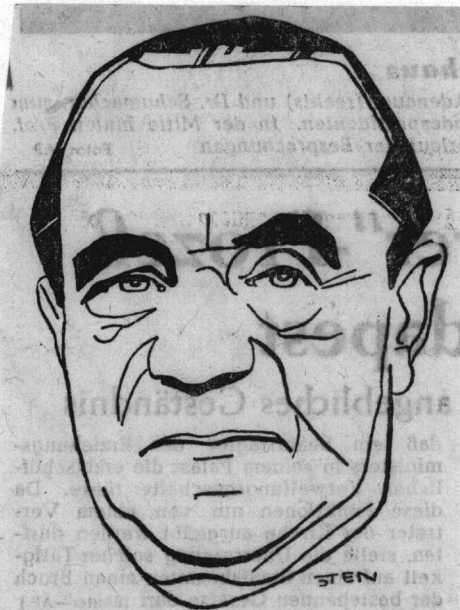
Erich, Dr.

Datum 11. SEP. 1949

Die Welt (Hamburg) *aus Sonntag*

37

Nr.



Zeichnung: Stenbock

Dr. Erich Köhler

1892 in Erfurt geboren, führte sein Weg über Gymnasium und Universität zur Wirtschaft und Parteipolitik. 1933 seiner Ämter enthoben, verdiente er bis 1945 sein Brot als Versicherungsagent. Nach dem Zusammenbruch Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Wiesbaden und hessischer Landtagsabgeordneter, war er an der Fusion CDU/CSU maßgeblich beteiligt. Ein nüchterner Politiker, kein Mann der Parteidoktrin, seit 1947 Präsident des Zweizonen-Wirtschaftsrats — das ist der erste Präsident des Deutschen Bundestags

Die Zeit (Hamburg)

37

Nr. vom



Dr. Erich Köhler, der bisherige Präsident des Wirtschaftsrates, wurde zum Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt. Er gehört der CDU an und hat bereits bei seiner Tätigkeit in Frankfurt eine in deutschen Parlamenten ungewöhnliche Beherrschung von parlamentarischen Spielregeln und weltmännischem Auftreten an den Tag gelegt.

09979 + 0020 000

Signatur

Köhler
Friedrich, Dr.

Datum - 6. Okt. 1949

Die Welt (Hamburg)

Nr. 16 C

Bundestagspräsident Köhler in ärztlicher Behandlung

Bonn, 5. Oktober (Eig. Ber.)

Bundestagspräsident Dr. Köhler begab sich am Mittwoch in die medizinische Klinik in Bonn in ärztliche Behandlung.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat sich sein Gesundheitszustand im Laufe der letzten Wochen wesentlich verschlechtert, wobei besonders Herz und Nerven ernstlich angegriffen sind. Es sei fraglich, wird betont, ob Dr. Köhler das Amt des Bundestagspräsidenten weiterhin beibehalten kann.

09979-0021 000

Signatur

Köhler

Erich, Dr

Datum

-6. Okt. 1949

Hamburger Freie Presse

Nr. 133 - - -

Rücktritt Dr. Köhlers?

Bonn, 6. Oktober.

Drahtbericht uns. Vertreters

Der Präsident des Bundestages, Dr. Erich Köhler, hat sich in eine medizinische Klinik in Bonn begeben, um sich ärztlicher Behandlung zu unterziehen. Sein Gesundheitszustand hat sich im Verlaufe der vergangenen Woche sehr verschlechtert. Dr. Köhler leidet an Erkrankungen von Herz und Nerven. Unter diesen Umständen erscheint es zweifelhaft, ob Dr. Köhler weiterhin das Amt des Bundestagspräsidenten wahrnehmen kann.

Die Welt (Hamburg)

Nr. 161 - - -

Dr. Köhler überanstrengt

dpa. Bonn, 6. Oktober

Bundestagspräsident Dr. Köhler erklärte am Donnerstag zu den Meldungen über seinen Gesundheitszustand, es sei richtig, daß er völlig überarbeitet sei. Er habe seit 1½ Jahren keinen Urlaub mehr gehabt und sei in dieser Zeit als Präsident des Wirtschaftsrats und im Wahlkampf fortgesetzt angestrengt tätig gewesen. Die ärztliche Untersuchung habe ergeben, daß er sich schonen müsse. Er denke jedoch nicht daran, aus diesen Gründen sein Amt als Bundestagspräsident niederzulegen.

09979-0023 000

Signatur

Köhler,
P. J. Erich, Dr.
26. Nov. 1949

Datum

Die Welt (Hamburg)

№ 203

SPD entzieht Köhler das Vertrauen

Bonn, 25. November

Die SPD-Fraktion erklärte am Freitagabend im Ältestenrat des Bundestags, daß sie zu dem Präsidenten, Dr. Köhler, kein Vertrauen mehr habe. Dr. Köhler habe seine Pflichten dadurch verletzt, daß er Beleidigungen der SPD-Fraktion durch Regierungssprecher ungerügt ließ. Alle anderen Fraktionen, ausgenommen die KPD, wiesen diesen Vorwurf als unberechtigt zurück. Gegen den Ausschluß Dr. Schumachers aus dem Bundestag erhob die SPD-Fraktion formell Einspruch. Dieser Einspruch soll auf der nächsten Sitzung des Bundestags am 2. Dezember ohne Debatte erledigt werden.

Gegen die Erklärung des Bundeskanzlers und dessen Unterschrift unter das deutsch-alliierte Protokoll will die SPD-Fraktion beim Verfassungsgericht schriftlich Klage erheben. Die Begründung lautet, daß die von Dr. Adenauer vorgenommenen Handlungen nach dem Grundgesetz nur dem Bundespräsidenten zustünden.

(Eig. Ber. — dpa)

09979 T 0024 BEC

Die Welt (Hamburg)

- 2. März 1950

№ 5 2

„Präsident Köhler soll gehen“

Im Hinblick auf die letzten Zwischenfälle im Bundestag brachte die SPD-Fraktion einen Antrag ein, nach dem der Bundestag Präsident Dr. Köhler ersuchen soll, sein Amt zur Verfügung zu stellen. In der Begründung heißt es, es habe sich herausgestellt, daß durch die Art seiner Geschäftsführung die Arbeit des Bundestags außerordentlich erschwert würde. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde auf Beschluß des Ältestenrats auf Mittwoch übernächster Woche verlagert.

*

Von unserem innenpolitischen Mitarbeiter

In Bonner politischen Kreisen hat der Antrag der SPD außerordentliches Aufsehen erregt. Es ist nicht die erste Krise um den Bundestagspräsidenten. Schon im Oktober glaubte man, daß er von einem Krankheitsurlaub nicht auf seinen Präsidentenstuhl zurückkehren würde. Damals warf man ihm, als er Reimann zur Ordnung rief, vor, daß er einen Abgeordneten wegen seiner politischen Meinung rügt. Die Kritik an dem Bundestagspräsidenten wurde auch von zahlreichen Abgeordneten der Regierungsparteien geteilt.

Durch spätere Zwischenfälle im Bundestag — vor allem beim Auftreten der angeblichen Rußland-Heimkehrer und bei der doppelten Maßregelung Dr. Schumachers — verstärkte sich die Kritik der Abgeordneten an der Geschäftsführung ihres Präsidenten.

Durch den Ausschluß des SPD-Abgeordneten Dr. Seuffert am Freitag der vergangenen Woche hat Dr. Köhler nach Auffassung von Mitgliedern der SPD-Fraktion wiederum bewiesen, daß er der Geschäftsführung im Bundestag nicht gewachsen ist.

Die SPD weist vor allem darauf hin, daß der Bundestagspräsident die strittige Bemerkung Seufferts zuerst gar nicht beachtet habe. Erst der Bundeskanzler mußte ihn aufmerksam machen, worauf er sich den Wortlaut von Seufferts Bemerkung besorgen ließ, um dann erst den Ältestenrat einzuberufen. Dr. Köhler werden von der SPD außerdem weitere Vorfälle in der gleichen Sitzung zur Last gelegt. Nach Feststellung einer knappen, aber beschlußfähigen Mehrheit verließen zahlreiche Abgeordnete den Sitzungssaal. Daraufhin habe ein SPD-Abgeordneter wiederholt die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt. Dr. Köhler lehnte jedoch alle Anträge auf Feststellung der Beschlußfähigkeit mit dem Hinweis auf die erste Zählung ab.

Hamburger Freie Presse

15. März 1950

Nº 63

Köhlers Präsidententage gezählt

Seine letzte Amtshandlung: Sühne für Überfall auf Hedler?

Bonn, 15. März.

Drahtbericht uns. Vertreters

Der Bundestag wird am Donnerstag und Freitag zu Plenarsitzungen zusammentreten, die außerordentlich interessant zu werden versprechen. Am Donnerstag wird sich zunächst das Schicksal jener SPD-Abgeordneten entscheiden, die den Überfall auf Hedler im Bundeshaus verübt haben. Der Bundestagspräsident hat sich die Maßregelung der SPD-Abgeordneten vorbehalten. Eine rein formale Bestrafung der Täter z. B. mit dem Ausschluß von fünf Sitzungstagen würde daher nach Auffassung der Koalitionsparteien der Schwere des Vergehens nicht entsprechen.

Man rechnet in parlamentarischen Kreisen übrigens damit, daß Köh-

lers Tage endgültig abgelaufen sind und in Kürze ein neuer Präsident das verantwortungsvolle Amt des Bundestagspräsidenten übernehmen wird. Man nennt neben dem früheren bayerischen Landtagspräsidenten Horlacher jetzt vor allem den Düsseldorfer Oberbürgermeister und Landtagspräsidenten Gockeln.

Auf der Tagungsordnung der Plenarsitzung stehen am Donnerstag weiter der SPD-Entwurf eines Gesetzes gegen die Feinde der Demokratie und ein Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege. Besondere Aufmerksamkeit wird der FDP-Gesetzentwurf zur Neuordnung der Treibstoffpreise finden, der praktisch einem Regierungsentwurf zu dieser Sache zuvorkommt.

099797 0026 BEC

7.) Köhler
Entscheid.

Die Neue Zeitung (München)

17 März 1950

Nr 65

Bundestag lehnt SPD-Antrag gegen Präsident Köhler ab

1. Lesung des Gesetzentwurfes gegen Feinde der Demokratie

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 16. März (NZ). — Die Mehrheit des Bundestages lehnte in der 47. Plenarsitzung am Donnerstag die Zulässigkeit eines SPD-Antrages ab, nach dem Bundestagspräsident Erich Köhler vom Hause aufgefordert werden sollte, von seinem Posten zurückzutreten.

Gegen die Zulässigkeit des Antrages stimmten die Abgeordneten der CDU/CSU, der DP, eines Teiles der FDP, sowie die Vertreter der Bayernpartei, des Zentrums, der WAV und der Deutschen Reichspartei. Für die Zulässigkeit stimmten SPD, KPD und ein Teil der FDP-Abgeordneten.

Nach Ablehnung dieses SPD-Antrages trat das Haus in die erste Lesung des von der SPD eingebrachten Gesetzentwurfes gegen die Feinde der Demokratie ein. Dabei kam es zu scharfen Debatten, bei der sich immer wieder Gegensätze zwischen den Auffassungen der Opposition und vor allem der äußersten Rechten des Hauses ergaben.

Bei der Behandlung des Köhler-Antrages der SPD unterstrich der SPD-Abgeordnete Heinrich Ritzel, daß es sich bei dem Antrag seiner Fraktion keineswegs um einen politischen Antrag handle, sondern um sachliche Bedenken, denen auch die anderen Fraktionen zustimmen müßten. Wenn es im Grundgesetz Artikel gebe, nach denen sogar der Bundespräsident und der Bundeskanzler zum Rücktritt bewegt werden könnten, so müsse sich auch die Möglichkeit bieten, den Präsidenten des Bundestages den Rücktritt nahe zu legen, obwohl er für vier Jahre gewählt sei. Präsident Köhler erschwere durch seine Amtsführung die Arbeit des Hauses und besitze nicht mehr das Vertrauen der SPD. Der Antrag rechtfertige sich aus wiederholten Fällen, „an deren Wiege Ungeschicklichkeiten des Bundestagspräsidenten, ob gewollt oder ungewollt, gestanden haben“.

Demgegenüber betonte der CDU-Abgeordnete Carl Schröter die politische Natur des SPD-Antrages, was schon daraus hervorgehe, daß die SPD ihren Antrag im Anschluß an den „Fall Seuffert“ eingebracht habe.

09979-0027 BEC

Köhler
A. Brück

Die Welt (Hamburg)

16. März 1950

N: 64

Abstimmung über Dr. Köhler

Von unserem Bonner Büro

Bonn, 15. März

Der SPD-Antrag, Bundestagspräsident Dr. Köhler zum Rücktritt aufzufordern, wird nun doch in einer der nächsten Plenarsitzungen vom Bundestag behandelt werden. Aus gutinformierten Kreisen wird bekannt, daß allerdings nicht über die Rücktrittsaufforderung abgestimmt wird, da der Präsident auf vier Jahre gewählt und nicht absetzbar ist. Es soll aber darüber abgestimmt werden, ob dieser Antrag der SPD überhaupt zulässig ist. Das Ergebnis wäre ein Barometer der Stimmung des Bundestags, aus dem der Präsident ersehen könnte, ob er noch das Vertrauen genießt oder nicht. Da der Kreis, der mit seiner Geschäftsführung unzufrieden ist, quer durch alle Parteien geht, wird angenommen, daß die Regierungsparteien sich der Stimme enthalten werden.

09979-1 0028 BEC

18. März 1950

The Manchester Guardian

N^o 32267

DEMAND FOR A NEW GERMAN SPEAKER

Dr. Kohler's Idiosyncrasies

From our own Correspondent

BONN, MARCH 17.

The Social Democratic Opposition yesterday asked the German Parliament to remove the Speaker of the Lower House, Dr. Köhler. The Speaker left the House while a short debate took place, during which his deputy ruled the motion out of order.

Dr. Köhler has been Speaker since the Parliament came into existence in September. He has made a number of errors of procedure and his efforts to control the House have not been uniformly successful. Once he ruled the Communist leader, Herr Reimann, out of order for calling the Oder-Neisse line "the frontier of peace." Last week he rejected the nationalist, Herr Haedler, after having sent him with an invitation to attend the debate. Dr. Köhler seems to be thoroughly uncertain of Parliamentary routine, and frequently inattentive of what is going on round him.

Die Neue Zeitung (München)

Nr 172

**Bundestagspräsident Köhler
erlitt Nervenzusammenbruch**

Bonn, 21. Juli (NZ). Bundestagspräsident Erich Köhler erlitt am Freitag vor Beginn der Plenarsitzung einen Nervenzusammenbruch. Als Ursache nennt eine Mitteilung des Präsidialbüros völlige Erschöpfung infolge Ueberschöpfung. Köhler hat sich noch am Freitag zu einer Spezialbehandlung nach Wiesbaden begeben.

Wie verlautet, hat die CDU beschlossen, Köhler auf Grund seines angegriffenen Gesundheitszustandes den Rücktritt von seinem Amt als Bundestagspräsident zu empfehlen.

Der Bundestag wird in der nächsten Woche neben drei ganztägigen Sitzungen am Mittwoch, Donnerstag und Freitag im Zusammenhang mit der Beratung des CDU-Mitbestimmungsentwurfs am Donnerstag auch die Nachtstunden zu Beratungen benutzen, teilte Vizepräsident Carlo Schmid am Freitag im Plenum mit.

Interpress (Hamburg)

Erich Köhler

Nr. 173/1950

Mensch und Amt

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Erich Köhler, hat im Bundeshaus einen Schwächeanfall erlitten.

(Interpress) - Mensch und Amt voneinander zu trennen fällt nicht immer leicht. Es gibt Persönlichkeiten, die man sich ohne die Würde ihrer Position überhaupt nicht denken kann. Das ist bei Dr. Erich Köhler, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, nicht der Fall. Vielleicht liegt das nicht nur an ihm, sondern auch an dem von Mässigung nicht immer gekühlten politischen Klima zwischen den gläsernen Seitenwänden des Bonner Plenarsaales, der schon manchen Tumult erlebte. Allerdings gibt es in ihm auch sanfte Gemüter, die sogar während der Europarat-Debatte illustrierte Zeitungen besehen, wenn sie nicht gerade im Restaurant sitzen. Jedenfalls gehörte über dieses Forum auf den grünen Ledersessel des Bundeshausherrn ein Mann, dem Energie, eine geschickte parlamentarische Hand ebenso eigen sind wie starke Nerven. Und in diesem Punkt fanden die Gegner und nicht selten auch die eigenen Parteifreunde des 58jährigen CDU-Politikers doch recht oft einen Anlass zur Kritik an der Ausübung seines undankbaren Amtes. Hinzu kommt, dass die Ärzte ihm bereits vor einem Jahr Schonung verordneten. Aber aus diesem Grunde wollte Dr. Köhler seinen Platz schon gar nicht verlassen.

Der von akademischer Kühle umwehte Erfurter Wirtschaftsmann, der ein ähnliches Amt bereits im Frankfurter Wirtschaftsrat bekleidete, diktiert dem Fremden schon durch seine fast steife Unnahbarkeit Distanz. Aber Selbstbeherrschung, die etwas harte Diktion seiner Sprache und der gesammelte Gesichtsausdruck täuschen nicht darüber hinweg, dass sich unter ihnen sehr viel persönliche Wärme verbirgt. Nicht zufällig steht in seiner Wohnung ein Flügel. Der Platz davor gehört seiner Frau, deren jüdische Abkunft mit dazu beitrug, dass Dr. Köhler 1933 politisch isoliert wurde und seine damalige Tätigkeit als Geschäftsführer des Kieler Arbeitgeberverbandes, des dortigen Hafenbetriebsvereins sowie des Handwerkerbundes in Schleswig-Holstein mit dem mühevolleren Broterwerb etwa eines Versicherungsagenten vertauschen musste. Auch mit seiner politischen Aktivität in der Deutschen Volkspartei war es vorbei. Erst als Mitbegründer der hessischen CDU trat Köhler nach 1945 wieder in den Vordergrund, rückte an die Spitze seiner Landtagsfraktion und schliesslich auf den Präsidentenstuhl des Frankfurter "Wirtschaftsparlamentes". Damals besass sein Name noch den besten Klang, von dem in Bonn dann viel verloren ging. Aber schliesslich hat er sich nicht selbst auf die Empore gestellt.

Interpress (Hamburg)

22.7.1950

wenden!

Köhler, Erich, deutscher Politiker. - Biographische Angaben siehe Internationaler Biographischer Pressedienst, Ausgabe Politik Nr. 242/1949 (Erich Köhler - Hausherr ohne Privatleben) vom 5.9.1949.
Interpress (Hamburg)

22.7.1950

Auf seinen Karabiner gestützt, schaut der Mann hinaus in die helle Nacht. Oder schon in den Morgen? Denn am Himmelsrand blüht ein blasses mattrosa Licht auf. Das ist das Signal für die Grenze, dem Trennungsstrich zwischen der grauen, harten Ebene Kastiliens, dem Herzland der Halbinsel, und dem blühenden Berhang, der zum Meer abfällt. Und schon sind die Carabineros, die spanischen Zollbeamten, im Abteil. Sie sind höflich, die spanischen Carabineros. Sie werden es nicht zulassen, dass eine Frau den Koffer aus dem Gepäcknetz hebt. Sie danken. Und wenn sie wirklich glauben, kontrollieren zu müssen, dann greifen sie selbst hinauf und holen sich die "maleta", das Kofferchen, herunter. Und weiter rollt und schnaubt der Zug, der Grenze der Herren Doktoren zu.

Die Grenze der Herren Doktoren! Sie werden fragen, was das zu bedeuten hat. Es ist ganz einfach die portugiesische Grenze. Und den Namen, den ich ihr gebe, verdient sie mit Recht.

Kurz ist der Aufenthalt an der Grenzstation, gerade Zeit genug zum schnellen Personalwechsel, denn der Lusitano-Express ist der König aller iberischen Züge, die schnellste Eisenbahnverbindung der Halbinsel. Und nun kommen die Herren Doktoren!

Die Tür des Abteils öffnet sich. Ein gepflegter junger Herr verbeugt sich liebenswürdig, bittet um Entschuldigung, dass er stört und teilt mit, dass die Zollkontrolle beginnt. Und schon schiebt sich ein grau berockter Beamter, die Uniformmütze in der weissbehandschuhten Linken, in das Abteil. Er schaut auf die Gepäckstücke, hebt mit entschuldigendem Murmeln einen Mantel hoch um zu sehen ob ... Und dann wendet er sich an den jungen liebenswürdigen Herrn: "Welchen Koffer wünschen Herr Doktor zu sehen?" Und der Herr Doktor überfliegt die Koffer mit kritischem Blick, die Kofferchen, die Hutschachteln, und was sonst noch dort ist und nicht fast unmerklich in eine Richtung. Und die weissbehandschuhte Rechte tut das Übrige. Tief hinein greift sie in die geheime Welt des Koffers. Der Herr Doktor schaut mit verbindlicher, fast verlegener Teilnahmslosigkeit an die Wagerdecke und lächelt, während der Zug in den Kurven schwankt und schleudert. Aus Hemdchen und Blüschen wandern die neuen Glasstrümpfe, der gute katalanische Wollstoff, das französische Parfüm, das in Spanien so viel billiger ist als in Portugal, an das blasse Licht des Morgens.

"Pardon!" sagt der Uniformierte mit den weissen Handschuhen. "Pardon!" lächelt der junge liebenswürdige Herr, aber sie lassen keinen Koffer durch, ohne dass nicht die weissen Handschuhe ihn abtasten wie die Hände des Arztes einen Patienten. Dann packen sie sorgfältig alles wieder zurück, bitten wieder um Entschuldigung wie zu Beginn und nehmen sich das nächste Abteil vor.

"Sind Sie nicht vor acht Tagen hier durchgekommen, meine Dame?" fragt der Herr Doktor, und der Befragten wird es ungemütlich. "Euer Gnaden waren nur einen Tag in Madrid? Das ist aber wenig für eine so weite Reise!" flüstert er einem Herrn zu. Und die weissen Handschuhe haben ein feines Gehör. Sofort greifen sie tiefer, sorgsamer noch als zuvor in den prallen Schweinslederkoffer. Die spanische Grenze ist das weite Netz, durch das die grossen und die kleinen Schmuggler schlüpfen, die zufälligen, die gelegentlichen und die berufsmässigen.

Ob Portugal deswegen die Herren Doktoren an die Grenze schickt? Oder ist es eine liebenswürdige Visitenkarte, die das Land dem Besucher überreicht? Das ist schwer zu sagen. Jedenfalls scheint sich das System zu bewähren. Die Herren Doktoren sind Gentlemen

und lassen sich doch nicht betören, sie sind charmant und gute Psychologen, auch wenn sie nicht Doktoren in Medizin, sondern in Volks- und Finanzwirtschaft sind. Der Dienst an der Grenze ist ihre Lehrzeit, die Vorstufe ihrer Laufbahn. Vielleicht werden sie einmal Generaldirektoren oder Protokollchef im Ministerium, vielleicht sind sie zukünftige Finanzminister, Unterstaatssekretäre? Wer kann das wissen.

Als ich zum Frühstück in den Speisewagen kam, sass auf dem Platz mir gegenüber der Herr Doktor, der mich "verarztet" hatte, und trank seinen Morgenkaffee. Er verbeugte sich mit verbindlichem Lächeln und fragte, wie mir Portugal gefalle.

In Lissabon auf dem Hauptbahnhof sah ich ihn wieder. Dieses Mal in Begleitung seines weissbehandschuhten Adjutanten, der einen ganzen Berg von Paketen im Arm hatte und auf den Zollraum zu-steuerte. Daran sah ich, dass der "Herr Doktor" trotz seiner Lebenswürdigkeit auch noch auf das Wohl des Staatssäckels bedacht war. Und welohe Dame würde imstande sein, eine Szene zu veranstalten oder auch nur zu protestieren, wenn ein lebenswürdiger junger Herr von Welt ihr einen kräftigen Zoll aufbrummt. Wenn sie wirklich Dame ist, wird sie zurücklächeln und zahlen. Und so kommen beide zu ihrem Recht. Und der Staat zu seinem Zoll.

21. 7. 1950

09979 - 0031 BEC

Signatur

Datum

Köhler
Dr. Ehrh
26. Juli 1950

Deutsche Zeitung (Stuttgart)

№ 59

Köhlers Nachfolge

DZ. BONN

Daß Bundestagspräsident Dr. Köhler nach seiner Genesung von dem Nervenzusammenbruch, den er erlitten hat, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird, steht fest. Größere Aussichten als der bisher in erster Linie genannte Oberkirchenrat Dr. Ehlers dürfte für die Nachfolge der 55jährige CDU-Abgeordnete des Oberbergischen Kreises, Dr. August Dresbach, haben. Seine Erfahrungen im Führen von Verhandlungen, er ist ehrenamtlicher Landrat des Oberbergischen Kreises und Vizepräsident des Deutschen Landkreistages, im Hauptberuf stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Köln, und die überlegene Ruhe, die er auch in schwierigen Situationen bewahrt, lassen ihn seiner Fraktion wohl mit Recht als besonders geeignet erscheinen. Dr. Köhler dürfte nach seiner Wiederherstellung einen Auslandsposten als Generalkonsul übernehmen.

09979-0032 BEC

Signatur

Köhler

P

Dr. Köhler

Datum

29. Juli 1950

Hamburger Freie Presse

Nr 175

Köhler — Generalkonsul?

Bonn, 29. Juli (dpa)

In Bonner politischen Kreisen wird gegenwärtig davon gesprochen, daß der zur Zeit erkrankte Bundestagspräsident Dr. Erich Köhler Generalkonsul in einem der skandinavischen Länder werden soll. Seine Rückkehr in das Bundestagspräsidium wird für unwahrscheinlich gehalten.

09979-0033 BEC

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum

17. Okt. 1950

Die Welt (Hamburg)

Nr 243

Köhler zurückgetreten

Von unserem Bonner Büro.

F. K. Bonn, 16. Oktober

Dr. Köhler hat sein Amt als Bundestagspräsident niedergelegt. In einem Brief an den amtierenden Bundestagspräsidenten, Carlo Schmid, gibt Köhler, der seit Juli aus gesundheitlichen Gründen beurlaubt war, keine nähere Begründung für seinen Rücktritt an. Der von der CDU/CSU-Fraktion vorgeschlagene Kandidat, Oberkirchenrat Dr. Hermann Ehlers, wird in einer der nächsten Sitzungen als Nachfolger gewählt werden.

Dr. Köhler, der sein Mandat als Bundestagsabgeordneter beibehält, wird nach seiner Genesung voraussichtlich als Generalkonsul in den diplomatischen Dienst eintreten.